

2100-0446

*Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Mag.^a Astrid Eisenkopf
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 26. März 2026

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Dr. Roland Fürst, Christian Ries, Bernd Strobl, Wolfgang Spitzmüller, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Keine Kürzungen der Volksgruppensprachen im Unterricht“

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend „Keine Kürzungen Volksgruppensprachen im Unterricht“

NEOS-Bildungsminister Christoph Wiederkehr plant im Rahmen einer Lehrplanreform den verstärkten Einsatz von künstlicher Intelligenz im Unterricht. Gleichzeitig sollen die Stunden für Latein sowie für die zweite lebende Fremdsprache gekürzt werden. Diese Stundenkurzungen würden alle Schülerinnen und Schüler in den Oberstufen der allgemeinbildenden höheren Schulen betreffen. Dabei argumentiert der Bildungsminister, dass Latein aufgrund sinkender Nachfrage und veränderter pädagogischer Prioritäten zurückgestuft werden solle. Gerade diese Argumentation gibt den Vertreterinnen und Vertretern der burgenlandkroatischen und ungarischen Volksgruppe Anlass zur Sorge, dass auch kleine Volksgruppensprachen wie Kroatisch und Ungarisch von diesen Kürzungen betroffen sind.

Mit Sorge wandten sich burgenländische AHS-Lehrerinnen und -Lehrer für Kroatisch an die Volksgruppensprecherinnen und Volksgruppensprecher des Burgenländischen Landtages und baten um ihre Hilfe. Der Burgenländische Landtag steht voll und ganz hinter den autochthonen Volksgruppen des Burgenlandes und setzt sich entschieden für den Erhalt, die Förderung und den Ausbau ihrer sprachlichen und kulturellen Rechte ein. Der Burgenländische Landtag wird jegliche politische Initiativen setzen, damit es zu keinen Kürzungen der Kroatisch- und Ungarisch-Stunden kommt.

Die österreichische Bundesverfassung sieht in Art 8 B-VG vor, dass die Republik die Sprache der autochthonen Volksgruppen zu achten, zu sichern und zu fördern hat. GemaÙ § 1 des Minderheiten-Schulgesetzes für das Burgenland wird im Burgenland die kroatische und ungarische Sprache als Unterrichtssprache oder die Erlernung als Pflichtgegenstand verfassungsrechtlich zugesichert. Die Förderung der kroatischen und ungarischen Sprache in der Oberstufe der allgemeinbildenden höheren Schulen hat einen wesentlichen Anteil an der Weitergabe der Sprache und Kultur an die jüngere Generation der Volksgruppe. In den Unterrichtsstunden wird den Schülerinnen und Schülern die Sprache und Schrift vermittelt, damit sie auch in Zukunft die Sprache auf einem ausreichend hohen Niveau beherrschen und somit zum Erhalt der burgenlandkroatischen Sprache beitragen können. Eine Kürzung der Kroatisch- und Ungarisch-Stunden um ein Drittel hätte nicht nur massive Auswirkungen auf die Zukunft der burgenlandkroatischen und ungarischen Volksgruppe, sondern stellt auch einen schwerwiegenden Eingriff in die Rechte der Mitglieder dar. Zusätzlich muss bei einer Kürzung der Stunden auch um die Maturabilitat des Faches gefürchtet werden. Daher darf es aus Sicht des Burgenländischen Landtages unter keinen Umständen zu einer Kürzung der Kroatisch- und Ungarisch-Stunden an den Oberstufen der allgemeinbildenden höheren Schulen kommen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- gewährleisten, dass es im Rahmen einer Bildungsreform zu keinen Kürzungen bei Sprachen der autochthonen Volksgruppen als lebende Fremdsprache kommt;
- eine verbindliche Einbindung der Volksgruppenvertretungen sicherstellen, bevor strukturelle Änderungen im Sprachunterricht vorgenommen werden.

Es wird ersucht, diesen Antrag dem Rechtsausschuss zuzuweisen.